

Klimapolitik in Bremen

# Naturschützer kritisieren Klimapolitik

BUND fordert den Senat auf, eine klare Strategie mit fest definierten Zielen zu entwickeln



Der BUND fordert mindestens 100 neue Solaranlagen mit zusammen 10.000 Kilowatt Peak (kWp) Leistung in Bremen.

**VON PASCAL FALTERMANN**



Bremen. Es tut sich zu wenig beim Klimaschutz in der Hansestadt. Dieser Auffassung sind die Bremer Vertreter des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) und schlagen Alarm. „2020 war ein verlorenes Jahr was die Klimaschutz-Bilanz in Bremen angeht“, sagt Klaus Prietzel,

Klaus Prietzel

Vorsitzender des BUND-Landesverbandes. Trotz der Enquete-Kommission sei die Politik nicht über die „vollmundige Ankündigung“ in der Koalitionsvereinbarung hinausgekommen. Prietzel und Landesgeschäftsführer Martin Rode kritisieren das Handeln des rot-grün-roten Bremer Senats scharf. „Es ist erschreckend wenig passiert, womit man den Klimaschutz selbst steuern kann“, sagt Rode. Fest machen es die Beiden an den Punkten Solarenergie, Verkehrs- und Wärmewende, Klimavorbehalt und einer fehlenden Strategie mit definierten Zielen.

Ein längst abgeschriebenes Ziel scheint eigentlich durch die Corona-Krise erreicht: Als Folge der Pandemie hat Deutschland einer Analyse der Denkfabrik Agora Energiewende zufolge das Klimaschutz-Ziel für das Jahr 2020 nicht nur geschafft, sondern sogar übertroffen. Doch auch wenn demnach der Treibhausgas-Ausstoß 42,3 Prozent unter dem Wert von 1990 gelegen hat, gibt es zahlreiche Experten, die mahnen. So auch die Vertreter des BUND. „Die Pandemie kann die Klimapolitik nicht ersetzen. Ein zurück ins alte Fahrwasser geht nicht“, sagt Rode.

Seit Mai 2020 tagt die Klima-Enquete-Kommission in Bremen. Eine Kommission für den Klimaschutz, die aus neun Politikern der Bremer Bürgerschaftsfraktionen und neun Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern besteht. „Sie hat viele exzellente Vorschläge und Hinweise von bundesweit anerkannten Experten zur Gestaltung der Energiewende bekommen, ohne dass bislang irgendwelche Wirkungen auf bremische Politik erkennbar sind“, sagt Prietzel. Der ökologische Umbau des Verkehrssektors stottere vor sich hin, stattdessen würden neue Gewerbeflächen auf der grünen Wiese, die Weservertiefung und das Kreuzfahrtterminal Bremerhaven vorangetrieben. „Das ist alles klimapolitisch kontraproduktiv. Bremen braucht ab 2021 endlich eine klare klimapolitische Strategie des gesamten Senats“, sagt der BUND-Vorsitzende.

Das Jahr 2020 sei geprägt gewesen durch die Corona-Pandemie und die damit verbundene Existenzgefahr für viele Wirtschaftsbereiche. Gleichzeitig sei es aber nicht nur in Deutschland das heißeste Jahr seit Beginn der Klimaaufzeichnungen überhaupt gewesen. „Die Klimakrise hat sich damit weiter zugespitzt, und dauerhaft wirksame Klimaschutzmaßnahmen werden immer drängender. Es muss sich mehr tun“, sagt Rode.

Weil Bremen die Entwicklung als dramatisch anerkannt hat, erklärte die Bremische Bürgerschaft am 30. Januar 2020 wie viele andere Städte zuvor die Klimanotlage. Damit verbunden ist die Zielsetzung, klimaschädliche Vorhaben zukünftig zu unterlassen. Das Instrument dazu soll der sogenannte Klimavorbehalt sein, der auf Initiative der Grünen-Fraktion eingeführt wurde. Damit sollen in Zukunft alle Vorhaben und Anträge des Senats auf ihre Auswirkung aufs Klima überprüft werden. Heißt: Den Treibhausgas-Ausstoß minimieren und die Emissionen, die nicht vermeidbar sind, durch Kompensation abpuffern. In der Gesamtbilanz soll eine CO<sub>2</sub>-Reduzierung um 80 Prozent bis 2030 angestrebt werden. „Doch auch elf Monate später lässt die konkrete Umsetzung weiter auf sich warten“, kritisiert Prietzel.

In den Haushalten 2020 und 2021 sei zwar ein 30 Millionen Euro umfassender Haushaltstitel eingerichtet worden, um daraus Klimaschutzmaßnahmen der Ressorts zu finanzieren. „Diese viel zu geringe Summe bleibt aber weit hinter anderen Großinvestitionen wie zum Beispiel den mindestens 75 Millionen Euro für den geplanten Umbau des Bremerhavener Kreuzfahrtterminals zurück“, sagt Prietzel. Aber selbst diese Mittel für 2020 wurden bisher nicht abgerufen. „Wie kann das angehen?“, fragt Prietzel. Anders als bei Corona fehle offensichtlich neben dem politischen Willen auch eine durchsetzungsstarke personelle Taskforce für die Umsetzung.

Auch in Sachen Solarenergie geht es dem BUND nicht schnell genug. Die versprochene Vorreiterrolle Bremens der öffentlichen Hand bei ihrem eigenen, mehrere Tausend Immobilien umfassenden Bestand sei nicht zu erkennen. „Wir erwarten jetzt vom Bremer Senat bis Ende dieser Legislatur ein ambitioniertes Programm und mindestens 100 neue Solaranlagen mit zusammen 10.000 Kilowatt Peak (kWp) Leistung. Wenn Bremen im jetzigen Tempo weitermacht, wird Solarcity zu einer energiepolitischen Nullnummer“, sagt Rode.

Der Verkehrssektor verfehle seit Langem die Reduzierung von Klimagasen. Laut den BUND-Vertretern sei das nur mit einer weitgehenden Umsteuerung weg vom privaten Auto zu erreichen. In 2020 sei allerdings kein Meter Radpremiumroute gebaut worden, die Fahrradbrücken über die Weser in Hemelingen, Mitte oder in Woltmershausen warten noch auf ihre planerische Konkretisierung. Ähnliche Kritikpunkte hat der BUND in Sachen Neubau (Holz statt Beton), Parkgebühren (erhöhen) oder einer kommunalen Wärmewende. Denn: Knapp über die Hälfte der in Deutschland verbrauchten Energie wird für die Erzeugung von Wärme und Kälte verwendet. „Es braucht mehr Schub und eine gute Strategie“, so Rode.

---